

09.12.2025

# Antrag

der Fraktion der AfD

**O du fröhliche, o du selige, gnadenbringende Weihnachtszeit! – 10.000 Syrer begehen auf dem Essener Weihnachtsmarkt am 2. Advent den einjährigen Jahrestag des Wegfalls ihres Fluchtgrunds**

## I. Ausgangslage

Die Weihnachtszeit ist insbesondere für Kinder eine ganz besondere Zeit voller Zauber, Freude und Gemütlichkeit. Es ist die Zeit, in der das Zuhause mit Kerzenschein, Plätzchenduft und Vorfreude auf Geschenke erfüllt ist. Auf den Weihnachtsmärkten glitzert es allorts, Lichterketten erhellen die Straßen und Häuser, und die Vorstellung vom Weihnachtsmann oder Christkind lässt Kinderaugen leuchten. Die geheimnisvolle Atmosphäre, wenn es raschelt und knistert, ist einzigartig. Die Feiertage bringen auch die Familie wieder enger zusammen, es wird gemeinsam gespielt, gesungen und lecker gegessen. Trotz aller Aufregung gibt es auch ruhige, besinnliche Stunden, in denen man zur Ruhe kommen und die Wärme des Zusammenseins genießen könnte, etwa bei einem Glühwein am 2. Advent auf dem Essener Weihnachtsmarkt. Wie schon im Vorjahr wurde diese Besinnlichkeit, diese Freude auf das Begehen einer christlichen Tradition getrübt.

So war für den 2. Advent an genau diesem Ort der Besinnlichkeit eine Kundgebung mit 2.500 Teilnehmern beantragt und genehmigt worden. Dabei ging es um das einjährige Jubiläum des Sturzes des Assad-Regimes in Syrien. Am Ende sollten es 10.000 Syrer werden. Viele davon feierten somit indirekt das Jubiläum des Wegfalls ihres Fluchtgrunds, das aber nicht in Damaskus oder Aleppo zwischen den mit eigener Hände Arbeit bereits wieder aufgebauten Häusern und Straßen, sondern auf dem Essener Weihnachtsmarkt.

Vollständig friedlich blieb es dabei nicht. Es wurde Pyrotechnik gezündet, es gab erhebliche Verkehrsbeeinträchtigungen, es wurden auch Autokorsos veranstaltet. Es flogen Böller, es wurden verbotene Fahnen gezeigt, es kam zu Gerangel und schließlich wurde am Rande der Veranstaltung ein junger Mann hinterrücks niedergestochen – alles am 2. Advent wohlge-merkt.<sup>1</sup> Nötig war in diesem Zusammenhang auch ein größerer Einsatz der Polizei, die somit über einem längeren Zeitraum gebunden war und nicht für andere Einsätze zur Verfügung stand.

Der Weihnachtsmarktbesucher fragt sich zu Recht, warum die christliche Weihnachtstradition derart gestört wird, warum eine derartige Kundgebung ausgerechnet an diesem Tag, an diesem Ort genehmigt wurde und seitens der Veranstalter keine Rücksicht genommen wurde.

---

<sup>1</sup> <https://www.welt.de/vermischtes/article69367ee99fdbd0e9faaa47a7/messerangriff-essen-angreifer-sticht-jungen-mann-am-hauptbahnhof-nach-syrer-demo-nieder.html>

Man fragt sich auch, ob es das ist, was Bundeskanzler Merz im Oktober mit dem Begriff „Stadt-bild“ gemeint hat.

Die Kundgebung warf aber auch erneut politische Fragen auf, insbesondere die nach der Rückkehr der seit 2015 aus humanitären Gründen aufgenommenen Syrer (zumeist mit Flüchtlingsschutz gemäß Genfer Flüchtlingskonvention oder subsidiärem Schutz) in ihrer Heimat, um sich dort in erster Linie tatkräftig am Wiederaufbau des eigenen Landes zu beteiligen. Wer sonst außer den Syrern sollte diese Arbeit eigentlich leisten? Da sich die Anzahl freiwilliger Rückkehrer in engen Grenzen hält, erscheinen diesbezügliche Verhandlungen mit der syrischen Regierung geboten, begleitet von Widerrufsverfahren des BAMF und Vorbereitungen der Länder zur Rückkehr der Syrer in ihre Heimat nach dem Wegfall des Schutzgrunds.

Wenig hilfreich sind dabei leider Aussagen des deutschen Außenministers Wadepful anlässlich seines Besuchs in Syrien, wonach die Syrer kurzfristig nicht zurückkehren könnten, da dort Menschen kaum richtig menschenwürdig leben könnten. Er gehe sogar davon aus, dass nicht allzu viele Syrer kurzfristig diesen Schritt machen und in ihre Heimat zurückkehren würden. Jeder, der bei uns bleibe und sich bei uns in unsere Gesellschaft einbringe, integriere und arbeite, sei aber willkommen.<sup>2</sup> Auch aus den eigenen Reihen stieß diese Agenda auf Ablehnung.<sup>3</sup>

## **II. Der Landtag stellt fest,**

1. dass mit dem Ende des Assad-Regimes die Voraussetzungen für eine Schutzgewährung – abgesehen von einigen verfolgten Gruppen (insbesondere Aleviten und Christen) – grundsätzlich nicht mehr vorliegen sowie
2. dass die nach 2024 erneute massive Störung u. a. des Essener Weihnachtsmarkts sowohl für die Veranstalter als auch für die Besucher nicht hinnehmbar ist.

## **III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,**

1. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, die Schutztitel der bislang als Flüchtlinge bzw. als subsidiär schutzberechtigt anerkannten Syrer gemäß § 73 AsylG konsequent zu widerrufen;
2. die Einbürgerung von Syrern mit Flüchtlings- und subsidiärem Schutzstatus umgehend zu stoppen, da dieser Schutzstatus zu widerrufen ist und ihr regulärer Aufenthalt in Deutschland als Voraussetzung der Einbürgerung damit hinfällig ist;
3. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, mit der neuen syrischen Regierung die konsequente Rückkehr von syrischen Staatsangehörigen nach Syrien zu verabreden;
4. eine Informations- und Werbekampagne für die freiwillige Rückkehr nach Syrien aufzulegen, um eine möglichst große Zahl an Syrern zeitnah zur freiwilligen Rückkehr zu bewegen;

<sup>2</sup> <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/cdu-csu-johann-wadepful-empoert-unionskollegen-mit-syrien-vergleich-a-8c27facb-e3e3-4177-866e-91bc4761cfb8>

<sup>3</sup> <https://www.welt.de/politik/deutschland/article6934f8c811f914c89b855514/abschiebungen-forcieren-hunderttausende-syrer-im-buergergeld-seien-dem-steuerzahler-nicht-zumutbar-sagt-cdu-politiker.html>

5. sich auf Bundesebene für einen effektiven Schutz einzelner Gruppen (insbesondere der Alawiten und Christen) durch Aufnahme in den angrenzenden Staaten der Region einzusetzen sowie
6. die gesetzlichen Möglichkeiten nach dem Versammlungsgesetz NRW und dem Polizeigesetz NRW zukünftig auszuschöpfen, um derartige Konfliktsituationen und Störungen anderer Veranstaltungen wie den oben geschilderten Vorkommnissen auf dem Essener Weihnachtsmarkt, verbunden mit einer latenten Gefahr der Besucher (inkl. schutzbedürftiger Kinder) sowie der Verkehrssicherheit, im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten konsequent zu unterbinden und die Gesetzeslage hierzu, wenn notwendig, anzupassen.

Enxhi Seli-Zacharias  
Markus Wagner  
Dr. Martin Vincentz  
Christian Loose

und Fraktion